

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fragwürdige Sanierer

Die Reformpolitik in den ehemals sozialistischen Ländern, die Umstellung auf marktwirtschaftliche Ordnungsformen, läuft harzig. Kaum ein Land, wenn vom Sonderfall der ehemaligen DDR abgesehen wird, besitzt ein einigermaßen konsistentes Konzept, aus dem abzulesen wäre, wie vorgegangen werden soll. Die CSFR, die über hervorragende Reformökonomien verfügt, schneidet noch am besten ab. Verschiedene Gründe lassen sich für die Erklärung dieser Beobachtung ins Feld führen. Wohl der wichtigste ist darin zu erkennen, dass die *Kommunistische Partei*, die die katastrophale Lage zu verantworten hat, nach wie vor in den staatlichen Gremien, sei es in der Legislative, in der Exekutive oder — dies vor allem — in der Bürokratie, *präsent* ist und in der reformpolitischen Entscheidungsfindung und -fällung kräftig mitmixt. Die einst «führende politische Kraft», die die sozialistischen Länder sowohl politisch wie wirtschaftlich ruinierte, fühlt sich mit einem ungebrochenen Selbstbewusstsein legitimiert, nun auch zu bestimmen, *wie* reformiert werden soll — im Blickfeld demokratisch eingefärbter politischer Spielregeln ein *unglaublicher Vorgang*.

Insbesondere das Beispiel der Sowjetunion zeigt, dass die Regierung, die sich, wie Gorbatschow unentwegt betont, weiter dem *Marxismus* verpflichtet fühlt, nicht imstande war, das *ordnungspolitische Ruder* herumzuwerfen, obwohl Perestrojka nun schon rund sechs Jahre auf dem Buckel hat.

Gorbatschow, der das «Neue Denken» propagiert und der ohne Zweifel in der Aussenpolitik einen Wandel von historischer Bedeutung einleitete, blieb bisher auf dem innenpolitischen Parkett *glück- und erfolglos*. Und dies eben nicht zuletzt deshalb, weil er zuwenig entschlossen und konzeptionell konfus den Problemen der Wirtschaftsordnung zu Leibe rückte. Nicht wenige seiner kompetenten Berater haben enttäuscht das Handtuch geworfen. Der Wirtschaft geht es immer schlechter; und weil sie nun einmal für die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zuständig ist, übersetzt sich das reformpolitische Zaudern, der Irrglaube, dass eine Kombination von Plan und Markt zur Sanierung ausreiche, in einen dramatisch sinkenden Lebensstandard. Es ist offensichtlich, dass dadurch das Reformklima nicht verbessert wird.

Mit einiger Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die *reaktionäre Wende* in der Sowjetunion *auch* mit den misslichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu tun hat. Die Allianz zwischen Parteiapparat, Staatsbürokratie, Militär und Rüstungsindustrie, hinter der auch der Sicherheitsdienst (KGB) steht, die nun zum offenen Angriff auf die Perestrojka angetreten ist, repräsentiert den Geist der *alten Wirtschaftsordnung*. Es geht, wie ihre Vertreter unumwunden verkünden, nicht allein um die Erhaltung der Union, sondern gleichzeitig um die Verteidigung der *sozialistischen Werte*,

die eben auch in der Wirtschaftsordnung zum Ausdruck kommen. Im Zentrum dieser Strategie steht die Bewahrung oder Wiederherstellung der Vorherrschaft der KPdSU, die Erhaltung des zentralisierten Staates, die Ablehnung jeglicher Privatisierung und die Konservierung eines planwirtschaftlichen Kerns. Überlagert wird dieser Richtungskampf natürlich von handfesten Machtansprüchen.

Zu welchen Ergebnissen werden diese Turbulenzen führen? Es ist gewiss zu früh, in dieser Beziehung Prognosen zu wagen. Aber es sprechen alle Indizien dafür, dass die Reform der Wirtschaft entweder — wie gehabt — zu Retouchen innerhalb der bestehenden Ordnung verkümmert, oder zu einem

Nebeneinander von Markt und Plan führt; alle Erfahrung deutet darauf hin, dass dann weder der Markt noch der Plan funktionieren können. Die Aussichten sind, mit andern Worten, trübe. Zuversicht, dass es der Sowjetunion in absehbarer Zeit gelingen könnte, das wirtschaftliche Wellental zu durchschreiten, ist fehl am Platze. Und dies ist um so mehr zu bedauern, als unter solchen Bedingungen ausländische Investoren wenig Anreize sehen, sich dem «grossen Markt» zu nähern. Damit gehen dringend benötigte Impulse verloren, weil Auslandsinvestitionen nicht nur expansive Energien freilegen, sondern für das Reformland zudem kostengünstige Wege für den *Technologietransfer* eröffnen.

Willy Linder



Leitung

BAG TURGI

5300 Turgi 056 33 01 11
8023 Zürich 01 272 58 44
